

Neue Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Verträge des Blattes betragen in Stadt und Land 1200 Mark, durch die Post bei jeder Zustellung monatlich Mark 125,00, im Auslande jährlich Mark 115,00 monatlich. Die abendliche Ausgabe kostet 50 Pfennig. Die Abnahme-Preise betragen im Einzelverkauf Mark 6,00, im Einzelverkauf Mark 10,00. Postämtern die Halbjahres-Preise 50,00 im Einzelverkauf und Mark 40,00 im Einzelverkauf. Postämtern die Halbjahres-Preise 50,00 im Einzelverkauf und Mark 40,00 im Einzelverkauf. Postämtern die Halbjahres-Preise 50,00 im Einzelverkauf und Mark 40,00 im Einzelverkauf.

Geschäfts-Verträge: Halle a. S., Neue Promenade 10 und Große Deutscherstraße 17. Fernsprecher-Bürozentrale: Halle-Nummern 1140 und 1152. Stadt-Geschäftsstelle: Halle a. S., Große Deutscherstraße 17. Fernsprecher-Nummern: Halle-Nummern 1140 und 1152. Stadt-Geschäftsstelle: Halle a. S., Große Deutscherstraße 17. Fernsprecher-Nummern: Halle-Nummern 1140 und 1152.

Fünf Jahre frei von Barzahlungen?

Brabburys angeblicher Plan / Die neue Devisenordnung / 100 000 neue Wohnungen Verdoppelung der Postgebühren am 1. Dezember / Ein wichtiges Geständnis Techows.

Um die Atempause.

Der Ruf nach schärferen Kontrollmaßnahmen.

Paris, 13. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Ueber die der Reparationskommission vorliegenden Projekte Brabburys erzählt das „Zeit Journal“ folgende Einzelheiten: Deutschland soll nicht nur für zwei, sondern für fünf Jahre von allen Barzahlungen frei bleiben. Dafür wird es der Reparationskommission Wechsel oder Obligationen ausstellen, die jede der alliierten Regierungen nach eigenem Gutdünken und unter eigener Verantwortung und Garantie auf den Markt bringen kann. Die Gesamtgarantie der Alliierten, die noch bei den letzten Wechselzahlungen in Belgien aufrechterhalten worden war, soll wegfallen, und Frankreich für den Fall, daß es solche Obligationen veräußert und Deutschland jene Zahlungen nicht einhalten kann, allein die Verantwortung seinen Gläubigern gegenüber tragen.

Vorstehende Meldung, die uns bei Relationschluß ausstieß, läßt sich auf ihre Richtigkeit vorläufig nicht kontrollieren. Wohl aber gehen alle Meldungen, die aus Paris und London zur Sache sonst noch vorliegen, das den Alliierten vor allem darauf ankommt, Deutschland mit so scharfen Kontrollmaßnahmen zu belegen, daß unsere Finanznotwendigkeit dadurch erschwert wird.

Amsterdam, 12. Oktober. Nach der in eingeweihten Kreisen noch richtiger als bisher wird die britische Regierung bei den bevorstehenden Verhandlungen alles tun um den ersten Zustand der deutschen Finanzen in günstiger Weise zu beeinflussen. Die britische Stellungnahme, die deutschen Zahlungen nicht nur im Jahre 1923, sondern möglicherweise auch in den darauffolgenden Jahren nicht einzustellen, sondern sie zu einer „früheren Kontrolle“ käme, wie sie der Lord of the Treasury.

Paris, 12. Oktober. Nach einer Meldung der Daily Mail aus Paris ist eine Anzahl verschiedener Pläne für die Reform der deutschen Finanzen und die Verhinderung weiterer Ausflüsse deutschen Kapitals vorgelegt worden. In gewissen Kreisen glaubt man, daß Brabbury die Lösung verspricht, es wäre eine bessere Lösung, nämlich ein längerer Moratorium, das ihm im August vorgelegt worden sei zu genehmigen und dann auf die Grundlage des so geschaffenen Vertrauens ein System allseitiger Kontrollmaßnahmen zu errichten.

Eine neue Reparationsnote?

Paris, 13. Oktober. Zu dem schon erwähnten Projekt Brabburys wird jetzt weiter bekannt, daß darin ein Vorschlag der Reparationskommission gegenüber neuen deutschen Notenemissionen verhandelt wird. Gerüchte, die zur Stunde nicht nachprüfen sind, wollen wissen, daß bereits eine Note in diesem Sinne nach Deutschland gelangt worden ist.

Amerikas finanzielle Weltpolitik.

Wien, 12. Oktober. Offizielle Erklärungen treten der kühnsten Wiederholung des Vorwurfs entgegen, daß Amerika nicht bereit sei, etwas für Europa zu tun. Diese Behauptung ist ungerichtet und führe die öffentliche Meinung irre. Milliarden Dollars seien seit dem Waffenstillstand mit Zustimmung der Regierung nach Europa geflossen. Wie sehr Amerika bemüht sei, den unter dem Namen lebenden Europas zu helfen, habe sich jedem im nahen Osten gezeigt, wo Amerika weniger interessiert sei als Europa selbst, wo es aber für die Rettung und Unterstützung der Flüchtlinge mehr getan habe als irgendeine andere Nation. Die amerikanische Regierung begünstige auch die Anlage amerikanischer Kapitalien im Ausland und werde in dieser Beziehung mit den amerikanischen Banken eng zusammenarbeiten. Die Außenpolitik des Staatssekretärs Hughes sei auf darauf eingestellt, dem amerikanischen Kapital auswärtige Betätigungsmöglichkeiten und für die notwendigen Grundlagen der Sicherheit und des Vertrauens zu schaffen. Gleich nach dem Kriege seien die amerikanischen Kapitalien, die sich bis dahin nur um Währungsangelegenheiten für amerikanische Wäsen kümmerten, darauf hingewiesen worden, auf die Anlageverhältnisse für das amerikanische Kapital zu achten. Das Interesse der Banken sei im Vordergrund mit der Regierung auf solche ausländischen Anleihen gerichtet, die wirtschaftliche Vorteile versprechen. Seit dem Kriege und Hughes die Politik der Währungsbeschränkung einleiten, hätten sie natürlich auch die Verknüpfung in Europa ins Auge gefaßt. Die Spernung des amerikanischen Handels für Zwecke der Kriegserklärung über der amerikanischen Regierung eine bedeutende Wucht zur Aufrechterhaltung des Friedens, denn die meisten Völker könnten keine Kriege führen, ohne Anleihen aufzunehmen, und schließlich die Vereinigten Staaten seien in der Lage, Anleihen großen Stils zu gewähren.

Die nächste Konferenz.

Paris, 13. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Giertheit teilt mit, daß wahrscheinlich die Bräutigamsverählung der alliierten Ministerien werden, um die Arbeiten der Orientkonferenz vorzubereiten. Es sei noch nicht gewiß, daß Estari als Verhandlungsleiter gewählt werde. Der „Times“ vertritt in seinem Leitartikel in einer neuen Gebanten. Es müsse da nach getrachtet werden, in der Orientfrage eine Einigung zu erzielen, die den Interessen der Alliierten zu wahren.

Berlin, 13. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Daily Telegraph schreibt, die neue Verlesung der neutralen Zone von Ismid durch eine starke türkische Truppenabteilung habe eine sehr ernste Lage geschaffen. Diesmal läßt unmöglich angenommen werden, daß es sich um einen Irrtum handelt.

Handwerk und Wiederaufbau.

Sieben Zentralwirtschaftsstellen in Preußen.

Wie wir bereits medelten, haben zwischen dem Generalsekretär des deutschen Handwerks Herrmann und Hugo Ehrlich vor kurzem Verhandlungen über eine Beteiligung des deutschen Handwerks an den Wiederaufbauarbeiten in Nordbrabant stattgefunden, die beiderseitig verlaufen sind. Jetzt hat der Präsident der Berliner Handwerkersammer Lübert in einer Rede vor den Obermeistern und Vorstehenden sämtlicher Groß-Berliner Handwerksvereinigungen, Gewerkschaften und Genossenschaften mitgeteilt, daß nunmehr die Leistungen und Lieferungen für das Handwerk zu Wiederaufbauarbeiten den Genossenschaften und auch den leistungsunfähigen Handwerkbetrieben übertragen werden sollen. Anfang nächsten Jahres werde mit den zentralen Arbeiten begonnen werden. Gleichzeitig berichtete Lübert über den bevorstehenden Juli in einschlägig namengebende sozialistischen Handwerks für Lieferungen nach Rußland und die Errichtung einer gemeinsamen Wirtschaftsstelle der Handwerksmeister von Berlin, Frankfurt a. O., Graz, und Stettin und Schneidemühl. Für die Wiederaufbauarbeiten werde das zentrale Handwerk in sieben beratende Wirtschaftsbezirke eingeteilt werden.

Neue 100 Prozent!

Schon wieder eine Erhöhung der Postgebühren. Vom Reichspostminister wird mitgeteilt, daß die fortgeschrittene Geldentwertung zu weiterer Erhöhung der Post-, Postschiff-, Telegraphen- und Fernsprechtgebühren nötigt. Die Vorbereitungen sind jetzt zu einem gewissen Abschluß gekommen. Der Verkehrsbetrag soll am 24. Oktober einberufen werden. Als späterer Zeitpunkt der Einführung der neuen Gebühren ist der 1. Dezember in Aussicht genommen. In Frage kommt im allgemeinen ein 100prozentiger Zuschlag zu den seit dem 1. Oktober gültigen Gebühren. Beim Paketverkehr denkt man jedoch an eine Gewichtsstaffelung von Kilogramm zu Kilogramm, beim Telegraphenverkehr zur Entlastung der kurzen Telegramme an die Beteiligung der Mindestgebühr für 10 Wörter und Einführung einer Grundgebühr neben der Gebühr für die wirkliche Zahl der Wörter.

Die Gestaltung der Wohnungsabgabe.

1923 sollen 100 000 Wohnungen gebaut werden.

Berlin, 12. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschäftigt sich mit den Fragen der weiteren Förderung der Wohnungsbau, wobei ihm von seinem Unterausschuß eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet wurde. Nach Ansicht des Unterausschusses kommen als Quelle für die Beschaffung der fehlenden Wohnungen in Frage:

- a) Die rezessive Erfassung des etwa noch nicht genügend ausgenutzten Wohnungsraums durch die Beschlagnahme von Doppelwohnungen und die Aufteilung großer Wohnungen in Kleinwohnungen.
- b) Der Ausbau von Dachgeschossen und der Einbau von Wohnungen in solchen öffentlichen und privaten Gebäuden, die sich hierzu eignen und die ohne wesentliche Schädigung ihrer Bausubstanz oder Benutzer beider bisherigen Zweck entzogen werden können.
- c) Der Wohnungsausbau.

Nach den Beschläßen des Unterausschusses ist anzustreben, daß im Jahre 1923 etwa 100 000 Wohnungen neugebaut werden, für die folgenden Jahre ist auf Grund der Feststellung der Reichsregierung ein entsprechend aufzunehmen, das durch Neu- und Umbauten einen Zuwachs von 200 000 Wohnungen jährlich gewährleistet. Als Hauptkapitalquelle für die Finanzierung ist die Wohnungsabgabe nach wie vor weiter auszubauen, aus deren Erträgen jährlich etwa 100 000 Wohnungen eingerichtet werden können.

Am dieses Ziel trotz des merklichen Geldwertes und der schwankenden Kaufkraft zu erreichen, ist die Abgabe der inneren Kaufkraft der Marktentwertung gemäß bewußlich zu gestalten und darauf zu erben, daß gemäß einer festzulegenden Skala der Erträge der Abgabe von Vierteljahr zu Vierteljahr erhöht oder ermäßigt wird. Für besonders große und Luxuswohnungen sowie für Räume, die Benutzungsänderungen (Kaffeehaus, Bars, Dielen usw.), ferner für Wohnräume, die seit dem 1. Juni 1914 ihrer eigentlichen Zweckbestimmung ganz oder teilweise entzogen sind, ist eine besondere Abgabe zu erheben. Die Abgaben für Förderung des Baues von Bergarbeiterswohnungen ist ebenfalls der inneren Kaufkraft der Marktentwertung gemäß zu gestalten und so zu erhöhen, daß aus deren Erträgen jährlich 20 000 neue Wohnungen gebaut werden können. Industrie, Handel, Bergbau sowie Land- und Forstwirtschaft sind selbstverständlich zu verpflichten, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit neben der allgemeinen Wohnungsabgabe Beiträge zur gezielten Hilfe zur Herstellung von Wohnungen zu leisten, soweit sie nicht durch eigene Leistung in der Wohnungsfrage angemessen ist. Der Ausschuss vertritt die, ohne zunächst Entscheidungen zu treffen.

Die neue Devisenordnung.

Maßnahmen gegen die milde Spekulation.

Die neue Devisenordnung — die näheren Bestimmungen finden unsere Leser im Handelsteil — hat nicht nur in der Bank- und Handelswelt, sondern auch im großen Publikum ungeheure Aufregung hervorgerufen, und zwar schon, ehe der Wortlaut der Bestimmungen bekannt wurde. Denn alle, die mit einem, wenn auch nur verhältnismäßig kleinen Vermögen an der Spekulation beteiligt sind, meinen, daß 1923 ein mögliches Ende der verhängnisvollen Währungsnot sei. Der Spekulationsmarkt der kleine wie der große, war bisher ebenso unangenehm und unantastbar wie der Schieber. Er war ein mühseliges und nutzloses Wirtschaftselement, das ohne ein zureichendes Bedürfnis aus rein spekulativen Gründen aktiv im Devisenhandel auftrat. Die Währungsnot ist endlich demnach einfach und mit einem so geringen Betriebskapital durchzuführen, daß sie fast ohne Anforderungen an die Intelligenz stellt. Vor allem aber bietet sie, da sie nach der steuerlichen Seite hin bei der kühnsten Spekulation nicht in die Erschöpfung tritt, die Möglichkeit einer gefährlichen Steuerhinterziehung. Die Gefahr einer Einbuße wird besser gleich mit. Die Kreise der kleinen Spekulationspartizipanten rekrutieren sich durchaus aus allen Schichten. Doch kann man wohl sagen, ist überzählig es auch möglich, daß viele durch Not auf der Bahn der Spekulation getrieben wurden.

Nach dem Kriege und dem Zusammenbruch wurde es für ungeschickte Menschen unmöglich, durch reelle Arbeit ihren Unterhalt zu verdienen, durch die Einkünfte die bisherige Lebenshaltung weiterzuführen. Unfähig wurde es, ob man alles oder nur einen gewissen Vermögen ungenutzt bewahren konnte. Der kleine, der mittlere, ja selbst der größere Rentner kampt täglich mit einer kümmerlichen Gegenwart und bangt vor ungewisser Zukunft. Der Festbesitzer der Abende mit trübem Nachdenken, die nie aufgeben. Und schließlich der Bestler einer Fabrik oder eines kaufmännischen Unternehmens, kurz der erwerbende Kapitalist, weiß nahezu nie, ob er seine Häuser mit Gewinn, Verlust oder sogar Einbuße seines gesamten Vermögens abschließen werde. Aber kann noch richtig kalkulieren? Wann legt er den Hand in den Mund und nur noch für den Tag. Ist es da ein Wunder, daß jeder, der etwas über den täglichen Geldbedarf in der Tasche hatte, zur Spekulation griff? Und zwar zur Devisenspekulation, weil diese am einfachsten ist, mit ein paar hundert Mark begonnen werden kann und seiner Vorlesungsebene bedarf. Früher entzogen Geld und Weisheit nur durch Arbeit. Jetzt wurde Weisheit für Weisheit gemacht. Die Währungsnot half, daß das Volk immer „reicher“ wurde. Der Notenumlauf wuchs in einer Höhe um ebensolche, als er vor dem Kriege überhaupt betragen hatte. Die Reichsbank kam zunächst gar nicht auf den Gedanken, energisch auszugreifen, damit das anders würde. Man konnte gedanklos mit, bis die Mark schließlich ein Viertel Werts verloren war. Jetzt erst muß man auf.

Unter diesen haben sich — mit Hilfe der Devisenspekulation — die gewaltigsten Vermögensvermehrungen vollzogen. Früher war der Mann, der eine Million besaß, eine hervorragende Wirtschaftsklasse und Gesellschaftsgröße. Was ist heute eine Million? Man rechnet schon im Kleinrentner nur noch mit Tausendmarkstücken (1000 Mark = 2 Mark), oder am besten gleich mit — Dollars. Die Masse der Spekulationspartizipanten hat sich zum ersten Male auf die Dollarbewerte gestellt, als sie erfuhr, daß die deutsche Regierung zu Reparationszwecken Dollars kaufen müsse. Dadurch wurde die Beschaffung der Reparationssummen dem Reiche von vornherein irrsinnig verteuert und das deutsche Geld im allgemeinen irrsinnig entwertet. Wie es überhaupt die Notlage des Reiches von gewissen Elementen, die den Namen Staatsbürger nicht verdienen, dazu benutzt wird, sich in die Hausse in Devisen zu engagieren, weil man annimmt, daß die unvollkommene Steuerordnung des Reiches, die Reichsregierung zu weiteren Notendruck zwingen wird, wodurch die deutsche Währung sich weiter verschlechtern und der Reichsalltag fremden Wechsel steigen muß. In diesen kleinen Spekulationsformen kann man noch manche Indizien und Exportaufsätze, die einen viel größeren Teil ihrer Devisenforderungen im Ausland besetzen, als für die reguläre Währungsnot ihres Gehalts notwendig ist. Wenn die Devisenordnung diesem gefährlichen Treiben das Handwerk legt, wenn sie für die gewöhnliche Währungsnot wirkung ist „Schlag ins Horn“ bedeutet, so wird sie von allen denjenigen freudig begrüßt, die nicht wollen, daß Deutschland an seiner Währungsnot ebenfalls zugrunde geht.

Zurückweichen vor den Faschisten.

Die italienische Regierung wird die Kammer auflösen. Sie ist also vor den Drohungen der Faschisten zurückgewichen. Diese Nachgiebigkeit der Regierung scheint aber den Schwarzenbunden nicht zu genügen. Ihr Führer Mussolini, der bekanntlich droht hat, daß er auch vor einer Absetzung des Königs nicht zurückweichen werde, hat einen Kongress nach Rom einberufen, zu dem angeblich 40 000 seiner Anhänger erscheinen werden.

